Bodenreform: Auch Potsdam machte mit

Ministerpräsident Matthias Platzeck war damals Rathauschef

Von Gudrun Mallwitz

Potsdam - Auch die Landeshauptstadt Potsdam hat unter ihrem früheren Oberbürgermeister Matthias Platzeck (SPD) die vom Bundesgerichtshof (BGH) als sitten- und rechtswidrig gerügte Inbesitznahme von Bodenreformland jahrelang umgesetzt.

"In etwa 60 Fällen wurde das Land bis zum Ablauf der Verjährungsfrist im Oktober 2000 zum gesetzlichen Vertreter von Bodenreform-Grundstücken bestellt", sagte der Potsdamer Finanzbeigeordnete Burkhard Exner. Die Grundstücke lägen in Bornim, Grube, Bornstedt,

Telefon: 0 30 / 21 01 55-0

nternet: www.miele-primus.de

Kundenparkplatz im Hof



Drewitz und auch in der Gemarkung Potsdam. Wie groß sie sind, und ob sie noch im Besitz des Landes sind, sei noch unklar.

Anders als der Landkreis Teltow-Fläming verweigerte Potsdam nicht die mittlerweile für nichtig erklärte Eintragung des Landes in die Grundbücher unbekannter Eigentümer und Erben von Bodenreform-Grundstücken. Die Stadt hatte aber offenbar Bedenken gegen die Praxis, das Land ohne Einschaltung von Gerichten als Eigentümer einzusetzen. Vorsorglich ließ sie sich wie andere Städte - vom Land für alle Haftungsrisiken freistellen.

Dies fiel in die Zeit, als der heuti-Ministerpräsident Matthias Platzeck Oberbürgermeister war. Er hatte das Amt von November 1998 bis Juni 2002 inne, ehe er zum Nachfolger von Regierungschef Manfred Stolpe ernannt wurde. Für die Vertreterbestellung war damals laut Exner das Amt für städtische Liegenschaften zuständig - und nach ersten Recherchen die Leitungsebene nicht befasst.

Das Amt sei nach vorliegenden Unterlagen davon ausgegangen, dass "angemessene Recherchen" über die Eigentümer und Erben in Einwohnermeldeämtern und Nachlassgerichten sowie Standesämtern durchgeführt wurden, ehe das Land Antrag auf Übertragung der Grundstücke stellte. Auch sei die Bereitschaft bekundet worden, dass das Land den "Grundbesitz oder gleichwertigen Ersatz an Berechtigte herausgibt" - sollten diese nachträglich gefunden werden.

In elf der rund 60 Bodenreform-Fälle hätten sich Erben beziehungsweise Eigentümer später noch gemeldet. "Ich gehe davon aus, dass das Land die Auflassung an die Erben vorgenommen hat", so der Beigeordnete Exner.

Unter den betroffenen rechtswidrig angeeigneten Grundstücken, für die das Land nach dem BGH-Urteil die Erben oder Eigentümer sucht, sind zehn für den Bau des Großflughafens BBI relevant. Sie liegen derzeit noch alle außerhalb des Flughafenzauns. Die zwei verkauften Grundstücke wurden für die Umsiedlung der Diepenseer Bevölkerung nach Deutsch Wusterhausen benötigt. Für die restlichen Grundstücke ist der Verkauf gestoppt bzw. lag erst ein Kaufantrag vor. Der Bürgerverein Brandenburg Berlin BVBB, der gegen Schönefeld als Flughafenstandort ist, forderte gestern "den Rücktritt von Regierungschef Platzeck und der Minister Rainer Speer (Finanzen), Jörg Schönbohm (Innen), Beate Blechinger (Justiz)". Ihr Verhalten bei Bekanntwerden des Bodenreform-Skandals mache sie als verantwortliche Mitglieder der Landesregierung untragbar.

Die Linke will heute den Antrag einen Untersuchungsausschuss einreichen. Nach Informationen dieser Zeitung besteht der Hauptuntersuchungsauftrag darin, das "Verfahren und die Verantwortung der Landesregierung" aufzuklären. Es sollen die Ursachen aufgedeckt werden, die zu dieser "massiv kritisierten Verwaltungs-

praxis" führten.

Die Aktionsgemeinschaft Recht und Eigentum (Are) hat eine Unterschriftenaktion an Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) auf den Weg gebracht. 222 Neusiedler und Betroffene fordern in einem Brief an die Kanzlerin, dass die "schwarzen Enteignungen" nach 1990 in einer "neuen rechtlichen und politischen Lösung" grundlegend geklärt werden. Alle Fragen der Ungleichbehandlung sollten erneut aufgenommen werden.